

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 230. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 2. Juli 2009

#### Inhalt:

Wahl des Abgeordneten **René Röspel** als Mitglied im **Senat des Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.** ..... 25613 A

Wahl der Abgeordneten **Gabriele Lösekrug-Möller** als stellvertretendes Mitglied im **Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen** ..... 25613 B

Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung ..... 25613 B

Rückgängigmachung einer Ausschussüberweisung ..... 25616 C

#### Tagesordnungspunkt 4:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin: **zum G-8-Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juli 2009 in L'Aquila** ..... 25616 D

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin ..... 25616 D

Dr. Guido Westerwelle (FDP) ..... 25621 A

Hans Eichel (SPD) ..... 25623 B

Oskar Lafontaine (DIE LINKE) ..... 25625 B

Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU) ..... 25628 A

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 25629 B

Renate Künast (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) ..... 25630 A

Jörg-Otto Spiller (SPD) ..... 25632 D

Dr. Michael Meister (CDU/CSU) ..... 25634 A

Ortwin Runde (SPD) ..... 25636 A

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) ..... 25637 B

Dr. Sascha Raabe (SPD) ..... 25638 C

#### Tagesordnungspunkt 5:

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Wolfgang Bosbach, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Dagmar Freitag, Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Sport fördert Integration** (Drucksachen 16/13177, 16/13578) ..... 25639 D

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Wolfgang Bosbach, Norbert Barthle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Dagmar Freitag, Swen Schulz (Spandau), Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Detlef Parr, Dr. Max Stadler, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018** (Drucksachen 16/13481, 16/13649) ..... 25640 A

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Norbert Barthle, Antje Blumenthal, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dagmar Freitag, Dr. Peter Danckert, Martin Gerster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: **Duale Karrieren im Spitzensport fördern und den Hochschulsport strategisch weiterentwickeln** (Drucksachen 16/10882, 16/13057) ..... 25640 B

(A) unterstützen wir den Anspruch, dass alle Niveaus des Qualifikationsrahmens auf verschiedenen Bildungswegen erreichbar sein müssen und informelles Lernen hierbei entsprechend zu berücksichtigen ist. Bemerkenswert ist allerdings, dass die teilweise erheblichen Auseinandersetzungen im Laufe der Erarbeitung des ersten Entwurfs für einen Deutschen Qualifikationsrahmen keinerlei Erwähnung finden. Gleiches gilt für drängende offene Fragen: Welche Institutionen sollen die Zuordnung von konkreten Qualifikationen zu einzelnen Niveaus vornehmen? Erfolgt die Einstufung in öffentlicher Verantwortung und unter Beteiligung aller relevanten Interessenträger? Werden auch Qualifikationen aus non-formalen Lernprozessen endlich gleichberechtigt in die Debatte mit einbezogen? Auf diese Fragen formuliert der vorliegende Antrag leider keine Antworten. Statt dessen begnügt er sich im Forderungsteil im Wesentlichen damit, die Bundesregierung auf das bereits vorgesehene Verfahren der Validierungsphase zu verpflichten. Das reicht nicht, um die Erarbeitung des Qualifikationsrahmens wirklich einen entscheidenden Schritt voranzubringen. Und es reicht auch nicht, dass wir diesem Antrag zustimmen können.

### Anlage 3

#### Erklärungen nach § 31 GO

**zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Tagesordnungspunkt 10)**

(B) **Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):** Ich stimme dem Antrag nicht zu. Ich halte ihn verfassungsrechtlich für fragwürdig, ethisch für nicht gerechtfertigt und politisch für falsch. Diese Auffassung habe ich bereits in den vergangenen acht Jahren vertreten und fühle mich durch die zunehmende Radikalisierung in diesem Land darin bestärkt. Es fehlt nicht an militärischen Begründungen für den Auslandseinsatz unserer Soldaten in Afghanistan, sondern an politischen Perspektiven. Sogar Oberbefehlshaber der Streitkräfte stellen den Erfolg der Verbündeten in diesem Land grundsätzlich infrage. Es ist ein Kurswechsel nötig. Ich bin für einen zügigen schrittweisen Abzug, auch weil Terroranschläge in unserem eigenen Land immer weniger ausgeschlossen werden können.

Als vor acht Jahren die Regierung Gerhard Schröder/Joschka Fischer im Kampf gegen den Terrorismus den Bundestag um Zustimmung zum Auslandseinsatz der Bundeswehr aufforderten, habe ich bereits mit „Nein“ gestimmt – aus verfassungsrechtlichen, historischen und

moralischen Gründen. Jetzt, acht Jahre später, ist die (C) Afghanistan-Mission fragwürdiger denn je, obwohl die Bundesrepublik mit Entwicklungshilfeprojekten und dem Aufbau von Polizeieinheiten einen ergänzenden Weg beschritten hat und sich insgesamt mit weit über 3 Milliarden Euro seit 2001 engagiert hat. Die Sicherheitslage für unsere Soldaten hat sich dramatisch verschlechtert. Afghanistan ist weiter eines der größten Opiumanbaugebiete der Welt geblieben. Es ist nicht gelungen, die Taliban wirklich zu schwächen. Im Gegenteil, sie weichen in das pakistanische Grenzgebiet aus. Neue, unübersehbare Risiken entstehen. Es hat schon viel zu viele Opfer gegeben – aus unserem Land wie aus denen der Verbündeten und in Afghanistan selbst.

Besonders im Süden des Landes, wo die Amerikaner gegen die Taliban kämpfen, werden die Soldaten nicht als Befreier sondern als Besatzer empfunden. Erste NATO-Länder haben ihren Abzug bereits beschlossen. Weitere Verbündete erwägen den Ausstieg. Das sollte auch für die Bundesregierung als Orientierung gelten, auf eine Ausstiegstrategie zu setzen. Die afghanische Regierung kann und muss mehr Eigenverantwortung übernehmen. Sie und alle Verbündeten sind jetzt aufgefordert, zu einer politischen Lösung zu kommen.

**Manfred Kolbe (CDU):** Den heute zur Beschlussfassung im Deutschen Bundestag anstehenden Antrag der Bundesregierung „Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan ...“, Drucksache 16/1337, kann ich aus den folgenden Gründen nicht zustimmen: (D)

Erstens. Generell scheint es dem Westen nicht zu gelingen, ein demokratisches Staatswesen in Afghanistan aufzubauen und die Menschen innerlich dafür zu gewinnen. Vielmehr hat sich die Sicherheitslage offenbar noch weiter verschlechtert. Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können immer weniger zum Aufbau des Landes beitragen und müssen sich immer mehr um ihre Eigensicherung bemühen.

Zweitens. Die AWACS-Aufklärungsflugzeuge sollen den Luftraum über Afghanistan überwachen und Zusammenstöße verhindern. Gleichzeitig liefern sie Luftlagebilder für Militäroperationen und koordinieren diese auch. Solche Manöver der Luftstreitkräfte verursachen immer wieder sogenannte Kollateralschäden, bei denen bis heute die vielfache Anzahl an unschuldigen Menschen getötet worden ist wie bei den schrecklichen Terrorangriffen vom 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania – dem Ausgangspunkt unseres Engagements. Somit werden künftig die Angehörigen der Bundeswehr für zivile Opfer verantwortlich gemacht werden. Mit jedem unschuldig getöteten Zivilisten bekämpfen wir nicht den Terror, sondern schaffen diesem neuen Zulauf.

Drittens. Ein realistisches Konzept des Westens für Afghanistan vermag ich derzeit weiterhin nicht zu erkennen. Die aktuelle Aufstockung der jeweiligen Länderkontingente kann meines Erachtens Afghanistan nicht befrieden. Wir brauchen vielmehr eine Grundsatzdebatte

- (A) darüber, wie die Bundesrepublik Deutschland und der Westen insgesamt den Terror bekämpfen und beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan helfen kann.

**Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir entscheiden heute über die deutsche Beteiligung an einem AWACS-Einsatz im Rahmen der ISAF-Mission und nicht über die Afghanistan-Politik der Bundesregierung. Würden wir über die Afghanistan-Politik der Bundesregierung abstimmen, könnte ich heute nicht zustimmen.

Der AWACS-Einsatz ist für sich genommen völkerrechtskonform, militärisch leistbar und trägt nach unserer Einschätzung insgesamt eher zur Risikominderung denn zur Gewalteskalation bei. Er dient auch der Sicherheit des zivilen Flugverkehrs und der Bundeswehr. Aus diesem Grund halten wir eine Ablehnung für nicht verantwortbar und eine deutsche Beteiligung für zustimmungsfähig.

Die Afghanistan-Politik der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist von einer Vielzahl von Versäumnissen und Halbherzigkeiten, insbesondere im zivilen Bereich geprägt. Von einer „vernetzten Sicherheit“ und dem Vorrang von zivilen Maßnahmen zur Stabilisierung ist an vielen Stellen wenig zu erkennen. Das Verhältnis von zivilem und militärischem Engagement in Afghanistan wurde militärlastiger, die Kluft zwischen zivilem und militärischem Mitteleinsatz weiter ausgebaut. Gerade beim strategisch wichtigen Polizei- und Justizaufbau, aber auch bei anderen Schlüsselbereichen des zivilen Wiederaufbaus, vermissen wir eine der Problemlage angemessene Aufbauoffensive. Selbst die völlig unzureichenden 400 Polizeikräfte der EU sind bis heute noch nicht vor Ort. Diese Defizite gefährden den Erfolg in Afghanistan mindestens ebenso wie eine korrupte und handlungsunfähige afghanische Regierungselite oder ein unverantwortliches militärisches Vorgehen afghanischer und internationaler Sicherheitskräfte. Das Nebeneinander von ISAF und der USgeführten Antiterroroperation Enduring Freedom ist kontraproduktiv und muss insgesamt beendet werden.

Während sich in den USA ein deutlicher Kurswechsel abzeichnet, Partner wie die Niederlande und Kanada ihren militärischen Abzug angekündigt haben, fehlt es in Deutschland an einer ehrlichen Bestandsaufnahme und der Vorlage eines Plans, welche Ziele wie und bis wann erreicht werden sollen. Das ist die Voraussetzung für eine verantwortbare Abzugsperspektive der Bundeswehr. Durchhalteparolen und unverbindliche Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus.

Wir haben auf der anderen Seite ein Interesse daran, dass es zu keinen zivilen oder militärischen Flugkatastrophen kommt. Wir haben deshalb primär darüber zu entscheiden, ob durch den zwischen der afghanischen Regierung und der NATO vereinbarten AWACS-Einsatz das Risiko von Flugunfällen eingedämmt werden kann. Angesichts steigender Flugbewegungen und unzureichender afghanischer FlugsicherungsKapazitäten ist

Unterstützungsbedarf nachvollziehbar. Der zivile und insbesondere der militärische Luftverkehr ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und wird auch künftig zunehmen. Damit steigt auch das Risiko. 2007 gab es ca. 50, im Jahr 2008 ca. 80 kritische zivile Annäherungen/Beinaheunfälle. (C)

Der Einwand, dass der Bedarf für AWACS vor allem deshalb entsteht, weil ein Truppenaufwuchs stattfindet und vermehrt militärische Flugbewegungen zu verzeichnen sind, reicht aus unserer Sicht als Grund für eine Ablehnung nicht aus. Der weit überwiegende Teil der militärischen Flugbewegungen dient dem Lufttransport, der Versorgung, Luftbetankung und der Erstellung von Lagern. Die Bundeswehr ist im Bereich des Lufttransports überdurchschnittlich aktiv. Lufttransport ist angesichts der großen Entfernungen, schlechten Straßen, und dem Risiko von Anschlägen unverzichtbar.

Der Einsatz von AWACS ist laut Mandat auf den afghanischen Luftraum beschränkt. Für Luft-Boden-Aufklärung und Luft-Boden-Einsatz sind AWACS technisch nicht ausgestattet. Hauptauftrag bleibt das Erstellen eines Luftlagebildes, Entflechtung und Koordinierung des Luftverkehrs, Koordinierung der militärischen Luftbetankung. AWACS übernimmt Aufgaben zur Unterstützung von Luftoperationen aber sie haben explizit nicht die Aufgabe, geplante OEF-Luftoperationen zu koordinieren und zu führen. Sie sollen in Notsituationen die Koordinierung von Luftnahunterstützung und medizinischer Notfall-evakuierung von ISAF verbessern.

Kritisch sind aus unserer Sicht insbesondere die Luft-Boden-Einsätze, bei denen es zum Waffeneinsatz kommt. Hier waren in der Vergangenheit häufig Zivilopfer zu beklagen. Wir stellen fest, dass es aufseiten der USA einen erkennbaren Kurswechsel gibt – auch für den Bereich Vermeidung von Zivilopfern durch Luftoperationen. Wir werden kritisch verfolgen, ob die Ankündigungen in die Praxis umgesetzt werden. (D)

Die NATO und die Bundeswehr überbrücken erneut Lücken, die es im zivilen Bereich gibt. Das darf keine neue Daueraufgabe werden. Es wird zwar am Aufbau einer zivilen Flugsicherung gearbeitet, und die Bundesregierung leistet hierzu einen Beitrag. Ein Ende des Einsatzes ist allerdings noch nicht absehbar. Hier muss die Bundesregierung bis Dezember darlegen, wie und bis wann das erfolgen soll.

Wir Grüne haben uns in unserer Partei intensiv mit der Entwicklung in Afghanistan befasst und gegen einen unverantwortlichen Sofortabzug ausgesprochen. Wir haben in dieser Legislaturperiode in einer Vielzahl von parlamentarischen Initiativen eine kohärente und engagiertere Politik eingeklagt, bei der die Menschen in Afghanistan im Mittelpunkt stehen und bei der das Licht am Ende des militärischen Tunnels sichtbar wird. In unseren jüngsten Anträgen zur Afghanistan-Politik haben wir immer wieder darauf gedrängt, einen militärischen wie zivilen Kurswechsel einzuleiten, die zivilen Elemente des Wiederaufbaus in den Vordergrund zu stellen und mit in die Mandatsanträge der Bundesregierung aufzunehmen, überprüfbare Zwischenziele zu formulieren